

Michał Przeperski

ORCID 0000-0003-2712-5711

DOI: 10.24425/historie.2021.140443

# Eine apolitische Gemeinschaft? Polen vor dem Juni 1989

**Keywords:** Polish society in the 1980's, political participation, late socialism, elections 1989, civil society

In der schematischen Darstellung der Forscherinnen und Forscher, die sich mit dem Umbruch des Jahres 1989 befassen, herrscht die Sicht vor, dass während der Ereignisse vor allem drei Akteursgruppen interagierten (und die katholische Kirche als Mediator auftrat). Dabei handelt es sich um die Eliten des Regimes, die Eliten der Opposition und die polnische Gesellschaft. Hervorgehoben wird die Wirkungsmächtigkeit der zwei erstgenannten Akteursgruppen, denen sich auch das Gros der geschichts- und politikwissenschaftlichen Studien widmet.<sup>1</sup> Bislang gingen in der Sozialgeschichte die Feststellungen nicht über die soziologische Aussage hinaus, dass „das endgültige Urteil über beide Eliten von der Gesellschaft gefällt wurde, insbesondere von deren aktivsten Gruppen“.<sup>2</sup> Es ist jedoch schwer, nicht den Eindruck zu gewinnen, dass solche Darstellungen nur die Tatsache verdecken, dass sich die Historikerinnen und

<sup>1</sup> Antoni Dudek, *Reglamentowana rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990* [Die reglementierte Revolution. Der Zerfall der kommunistischen Diktatur in Polen 1988-1990], Kraków 2014; Jan Skórzyński, *Rewolucja Okrągłego Stołu* [Die Revolution des Runden Tisches], Kraków 2009; Paweł Kowal, *Koniec systemu władzy. Polityka ekipy gen. Wojciecha Jaruzelskiego w latach 1986-1989* [Das Ende des Herrschaftssystems. Die Politik General Wojciech Jaruzelskis und seiner Leute in den Jahren 1986-1989], Warszawa 2012; Andrzej Friszke u. a., *Psychologia Okrągłego Stołu* [Die Psychologie des Runden Tisches], Sopot 2019. Siehe Rafał Stobiecki, *Okrągły stół w interpretacjach historyków i nie tylko* [Der Runde Tisch in den Interpretationen der Historiker und darüber hinaus], in: Jerzy Kornaś (Hg.), *Problemy polskiej transformacji* [Probleme der polnischen Transformation], Kielce 2011, S. 31-47.

<sup>2</sup> Piotr Marciniak, *Spiralny ruch ku demokracji. Presja społeczna a upadek systemu komunistycznego w Polsce (1986-1989)* [Spiralförmige Bewegung zur Demokratie. Der gesellschaftliche Druck und der Sturz des kommunistischen Systems in Polen (1986-1989)], in: Paweł Machcewicz (Hg.), *Polska 1986-1989: koniec systemu* [Polen 1986-1989: Das Ende des Systems], Bd. 1, Warszawa 2002, S. 29.

Historiker, die sich mit den letzten Monaten der Volksrepublik Polen beschäftigen, auf die Untersuchung der Eliten konzentrieren und der Großteil der damaligen polnischen Bevölkerung keine Beachtung erfährt.

Im vorliegenden Beitrag möchte ich die dominierenden theoretischen Haltungen, die sich in der Geschichtsschreibung über die Transformationszeit in Polen in den letzten dreißig Jahren entwickelt haben, einer Analyse unterziehen. Mich interessiert dabei hauptsächlich, wie polnische Forscherinnen und Forscher mit dem Problem der politischen Teilhabe und der tatsächlichen Wirkungsmächtigkeit der zeitgenössischen polnischen Bevölkerung umgehen. Darauf aufbauend, werde ich meine Schlussfolgerungen über die tatsächliche Rolle der Gesellschaft in Polen während der Veränderungen in der ersten Hälfte des Jahres 1989 vorstellen und sie ausführlich begründen. Dies scheint mir wichtig zu sein, um zu verstehen, wie sich die Polinnen und Polen fühlten, als die letzte Dekade der Volksrepublik zu Ende ging, aber auch um den Versuch zu unternehmen, das Veränderungspotenzial in der Gesellschaft an der Schwelle zu der bevorstehenden Dritten Polnischen Republik abzuschätzen.

Ich stelle die These auf, dass zu jener Zeit das Interesse der Polinnen und Polen für politische Angelegenheiten äußerst gering war und die polnische Gesellschaft insgesamt als unpolitisch bezeichnet werden kann. Das hingegen widerspricht der optimistischen Verallgemeinerung, dass das Wendejahr 1989 die Geburtsstunde der Zivilgesellschaft gewesen sei. Der letzte Punkt ist nicht nur in historischer Hinsicht von Bedeutung. Die Frage, ob die polnische Bevölkerung passiv oder aktiv sei, kehrt wie ein Bumerang immer wieder in die öffentliche Debatte zurück. Das betrifft insbesondere die Zeit nach 2015, als die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) die Regierungsverantwortung übernahm und sich ihre Narration über die „Vollendung“ der Systemtransformation oder die „Wiedererlangung“ der Souveränität Polens verfestigte.

## **Ausgangslage**

Die Historikerinnen und Historiker schenkten der gesellschaftlichen Stimmung im Polen der späten 1980er Jahre relativ wenig Aufmerksamkeit. Es ist wichtig zu erwähnen, dass jene Forscherin-

nen und Forscher, die sich als Erste diesem Zeitraum widmeten, die 1980er Jahre am eigenen Leib erfahren hatten. Anstatt tiefe theoretische Reflexionen anzustellen, bezogen sie sich nicht selten auf die eigenen Erinnerungen. Die emotionalen Assoziationen mit dem damaligen Polen waren meist eindeutig negativ konnotiert. „Polen wurde in den Berichten überwiegend als grau und düster beschrieben, was nicht ausschließlich mit dem Erscheinungsbild des Landes, sondern auch mit der damals erlebten Gemütslage der [...] Zeitzeugen zusammenhing“<sup>3</sup>, so subsumiert es Magdalena Wnuk in ihrer auf Oral History basierenden Studie.

Das Thema der gesellschaftlichen Stimmungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde jedoch kontinuierlich auf einer soliden empirischen Datenbasis von Soziologinnen und Soziologen erforscht und führte zu zahlreichen und bedeutenden Beobachtungen und Interpretationen. „Zu Beginn des Jahres 1986 [...] schien [alles] dafür zu sprechen, dass das entstandene Kräfteverhältnis in dieser Form langfristig bestehen würde“<sup>4</sup>, fasste es Mirosława Marody zusammen. Gleichzeitig betrachtete die Forscherin sozialen Frieden und soziale Sicherheit als Grundpfeiler der gesellschaftlichen Akzeptanz für die an der Weichsel herrschende Regierung um Wojciech Jaruzelski.<sup>5</sup> Ausgehend von dieser Beurteilung, werde ich im Folgenden auf einige Beobachtungen zu sprechen kommen, die in den Folgejahren gemacht wurden und die das bröckelnde Fundament des politischen Systems in Polen diagnostizierten.

Erstens ließen die Erhebungen des Meinungsforschungszentrums (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS) keinen Zweifel daran, dass insbesondere die wirtschaftliche Lage im Jahr 1987 deutlich pessimistischer eingeschätzt wurde als zuvor. Mit anderen Worten: Zwischen Frühling und Herbst 1987 brach die Überzeugung der Polinnen und Polen zusammen, dass es möglich sei, die soziale Sicherheit zumindest auf dem Niveau, wie es das damalige kommu-

<sup>3</sup> Magdalena Wnuk, *Kierunek Zachód, przystanek emigracja. Adaptacja polskich emigrantów w Austrii, Szwecji i we Włoszech od lat 80. XX w. do współczesności* [Richtung Westen, Haltestelle Emigration. Die Anpassung der polnischen Emigranten in Österreich, Schweden und Italien seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts an die Gegenwart], Toruń 2019, S. 67.

<sup>4</sup> Mirosława Marody, *Długi finał* [Langes Finale], Warszawa 1995, S. 49.

<sup>5</sup> Mirosława Marody, *Warunki trwania i zmiany ładu społecznego w relacji do stanu świadomości społecznej* [Die Bedingungen für Bestand und Veränderung der Gesellschaftsordnung im Verhältnis zum Zustand des sozialen Bewusstseins], Warszawa 1986, S. 51.

nistische System bot, aufrechtzuerhalten.<sup>6</sup> Informationen darüber finden sich in den Geheimberichten für Jaruzelski, verfasst von der sogenannten Gruppe der Drei (*zespół trzech*, bestehend aus dem Sekretär des ZK Stanisław Ciosek, dem stellvertretenden Leiter des Innenministeriums Władysław Pożoga und dem Regierungssprecher Jerzy Urban<sup>7</sup>) sowie von den engsten Mitarbeitern Czesław Kiszczaks im Innenministerium.<sup>8</sup> Zweitens bildeten sich in dieser Zeit vielfältige, in diesem Ausmaß noch nie da gewesene, „Überlebensstrategien auf Mikroebene“ heraus, die zur Zerschlagung des globalen soziopolitischen Systems beitrugen. „[D]ie Rationalität auf der Makroebene funktionierte entlang von Regeln, die sich diametral von der Rationalität auf der Mikroebene unterschied“<sup>9</sup>, wie Marody feststellte. Es handelte sich um ein bemerkenswertes Phänomen, weil es ein Anzeichen für die deutlich gewachsenen gesellschaftlichen Aktivitäten war. In einer Studie über die damals von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) verwendete Sprache wies Janina Frasz auf die, ihrer Meinung nach, innovativste Kategorie hin, nämlich die Äußerung „einer Offenheit, eines Sich-Öffnens für ..., einer offenen Einstellung“<sup>10</sup>. Dies schien nicht nur im Einklang mit dem Rückgang repressiver Maßnahmen des Systems zu stehen (symbolträchtig ist in diesem Zusammenhang die Amnestie von September 1986)<sup>11</sup>, sondern auch mit der allge-

<sup>6</sup> *Dynamika nastrojów społecznych – spirala niezadowolenia. Kwiecień '88* [Dynamik der Stimmungen in der Gesellschaft – die Unzufriedenheitsspirale. April 88], in: *Spoleczeństwo i władza lat osiemdziesiątych w badaniach CBOS* [Gesellschaft und Herrschende in den achtziger Jahren in Umfragen des CBOS], Warszawa 1994, S. 316.

<sup>7</sup> Andrzej Paczkowski (Hg.), *Nastroje przed bitwą* [Die Stimmungen vor der Schlacht], in: *Zeszyty Historyczne* 100/1992, S. 60-82.

<sup>8</sup> Grzegorz Majchrzak, *Pułkownik Garstka w roli Kasandry* [Oberst Garstka in der Rolle der Cassandra], in: *Arcana* 78/2007, S. 141-151.

<sup>9</sup> Mirosława Marody, *Dylematy postaw politycznych i orientacji światopoglądowych* [Dilemmata der politischen Einstellungen und Weltanschauungen], in: Ireneusz Krzemiński/Jacek Raciborski (Hg.), *Oswajanie wielkiej zmiany. Instytut Socjologii UW o polskiej transformacji* [Die Zähmung des großen Wandels. Das Institut für Soziologie der Warschauer Universität über die polnische Transformation], Warszawa 2007, S. 96.

<sup>10</sup> Janina Frasz, *O języku propagandy partyjno-rządowej z lat 1986-89* [Über die Sprache der Partei- und Regierungspropaganda der Jahre 1986-1989], in: Andrzej Jabłoński/Andrzej Antoszewski (Hg.), *Polski przełom polityczny 1989. Między totalitaryzmem a demokracją. Materiały sympozjum politologicznego* [Der politische Umbruch von 1989 in Polen. Zwischen Totalitarismus und Demokratie. Materialien des politikwissenschaftlichen Symposiums], Wrocław 1990, S. 163.

<sup>11</sup> Skórzyński, *Rewolucja Okrągłego Stołu*, S. 56.

genwärtigen Rhetorik in der „zweiten Etappe der Wirtschaftsreform“<sup>12</sup>. Die besagte Reform, in der Privilegien des staatlichen Sektors abgeschafft wurden, die privaten Unternehmen gefördert und die Volksrepublik Polen für ausländische Kapitalzuflüsse geöffnet wurde, war ein Versuch, das Wirtschaftssystem des Landes von Grund auf zu reformieren. In den Regimemedien wurde sie als Wirtschaftsrevolution dargestellt, ihre Beurteilung fiel jedoch viel bescheidener aus. Zu tiefgreifenden Veränderungen kam es in Wirklichkeit nicht. Die Schlussfolgerungen aus einem der CBOS-Berichte sind bezeichnend und erklären, welche Bedeutung die Polinnen und Polen den wirtschaftlichen Veränderungen im Land beimaßen: „[D]ie Reform wird als eine elementare Ordnungsmaßnahme der Wirtschaft (Preiserhöhung, Verbesserung des Angebots und der Arbeitsdisziplin), aber selten als eine Änderung der Wirtschaftsmechanismen (z. B. Wettbewerb, Anstieg des Unternehmers, Selbstverwaltung und Verbesserung der Arbeitsorganisation) angesehen.“<sup>13</sup> Gleichzeitig kam es zu einer weitverbreiteten Zunahme sozialer Apathie und einem sichtbaren Rückgang von Protesten<sup>14</sup>, insbesondere von radikalen Protestformen.<sup>15</sup>

Drittens waren ähnliche Tendenzen im Feld der Politik zu beobachten. Einerseits ergaben Schätzungen von Władysław Adamski und Krzysztof Jasiewicz, dass im Jahr 1988 20 Prozent gegen das System eingestellt waren, 35 Prozent sich neutral verorteten und 20 Prozent das Regime befürworteten. Die schweigende Minderheit (all diejenigen, die eine politische Erklärung ablehnten) betrug 25 Prozent. Im Vergleich zur Mitte der 1980er Jahre ist ein eindeutiger Anstieg derjenigen Personen festzustellen, die in die Kategorie der

<sup>12</sup> Dariusz T. Grala, *Próba modernizacji państwa w latach 1987-1988. Dlaczego i dla kogo przygotowano II etap reformy?* [Versuch der Staatsmodernisierung 1987-1988. Warum und für wen wurde die zweite Etappe der Reformen vorbereitet?], in: Andrzej Bałaban u. a. (Hg.), *Demokracja – centrum i peryferie: procesy modernizacyjne państwa w polskiej myśli politycznej XX - XXI wieku* [Demokratie – Zentrum und Peripherien: Prozesse der Staatsmodernisierung im polnischen politischen Denken des 20. und 21. Jahrhunderts], Szczecin 2008, S. 203.

<sup>13</sup> *Wokół II etapu reformy gospodarczej. Lipiec '87* [Rings um die zweite Etappe der Wirtschaftsreformen. Juli 87], in: *Spoleczeństwo i władza lat osiemdziesiątych*, S. 289.

<sup>14</sup> Edmund Wnuk-Lipiński, *Nastroje społeczne w latach 1986-1989* [Die gesellschaftlichen Stimmungen in den Jahren 1986-1989], in: Machcewicz, *Polska 1986-1989*, Bd. 1, S. 13.

<sup>15</sup> Krzysztof Jasiewicz/Władysław Adamski, *Evolution of the Oppositional Consciousness*, in: Władysław Adamski (Hg.), *Societal Conflict and Systemic Change. The Case of Poland 1980-1992*, Warszawa 1993, S. 48 f.

Unentschlossenen und Wankelmütigen fallen.<sup>16</sup> Daraus folgerte Adamski nach einigen Jahren, dass das Bild des Konflikts „wir“ gegen „sie“ „im polnischen Fall einer Metapher entspreche, die eine komplexe Struktur verdecke“<sup>17</sup>. Am aufschlussreichsten und innovativsten wurde dieses Phänomen von Winicjusz Narojek analysiert. In seinen in Vergessenheit geratenen und sicher unterschätzten Untersuchungen<sup>18</sup> wies er darauf hin, dass die in der politischen Publizistik (vor allem den regimekritischen Publikationen des sogenannten Zweiten Umlaufs) geäußerte These über den tiefgreifenden Konflikt zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft im Polen der 1980er Jahre zu oberflächlich sei. Verallgemeinernd gesagt, war dies seiner Meinung nach darauf zurückzuführen, dass der in der Volksrepublik verwurzelte Paternalismus eine klare Trennung zwischen den Herrschenden und der Bevölkerung schwierig machte.<sup>19</sup> Gleichzeitig kann man, wenn man die Vorgänge an der Weichsel betrachtet, zu dem Schluss kommen, dass nach einigen Jahren des „langen Kriegsrechts eine Situation eintrat, in der laut Jacek Kuroń, einem der wichtigsten Vertreter der Opposition, die Gesellschaft nicht auf die antikomunistische Opposition hören wollte. „Selbst die größten Optimisten müssen zugeben, dass der Einfluss der ‚Solidarność‘ auf die schweigende Mehrheit extrem abgenommen hat“<sup>20</sup>, schrieb Kuroń im September 1987 in der Emigrationszeitschrift *Aneks*. Neben den schon genannten Daten zur gesellschaftlichen Stimmung verdeutlichte das erfolglose Referendum über die zweite Etappe der Wirtschaftsreform, dass die Bevölkerung kein Interesse hatte, den

<sup>16</sup> Władysław Adamski/Krzysztof Jasiewicz, *Ewolucja kontestacyjnej świadomości społecznej* [Evolution des Widerstandsbewusstseins in der Gesellschaft], in: Władysław Adamski (Hg.), *Dynamika konfliktu społecznego. Polacy 1980-1988* [Dynamik eines sozialen Konflikts. Die Polen 1980-1988], Poznań 1989, S. 66 f.

<sup>17</sup> Władysław Adamski, *Konflikt ogólnospołeczny: struktura – podłoże – wyzwania systemowe* [Ein gesamtgesellschaftlicher Konflikt: Struktur – Grundlage – systemische Herausforderungen], in: *Kultura i Społeczeństwo* 2/1990, S. 86.

<sup>18</sup> Dariusz Jarosz, *Mały indywidualizm Polaków w gospodarce centralnie planowanej* [Der kleine Individualismus der Polen in der zentralen Planwirtschaft], in: Piotr Jachowicz (Hg.), *W poszukiwaniu modelu gospodarki centralnie kierowanej* [Auf der Suche nach einem Modell für eine zentral gelenkte Wirtschaft], Warszawa 2013, S. 185.

<sup>19</sup> Witold Morawski, *Projekty elit a preferencje społeczne* [Elitenprojekte und die Präferenzen der Gesellschaft], in: Winicjusz Narojek, *Jednostka wobec systemu. Antropologia trwania i zmiany* [Das Individuum gegenüber dem System. Eine Anthropologie der Beständigkeit und der Veränderung], Warszawa 1996, S. 48.

<sup>20</sup> Jacek Kuroń, *Krajobraz po bitwie* [Die Landschaft nach der Schlacht], in: *Aneks* 48/1987, S. 3.

Regierenden weiter zu folgen. Aufgrund der zu geringen Wahlbeteiligung wurde das Quorum verfehlt, sodass die Ergebnisse nicht rechtsbindend waren. Die Streikwelle von April bis Mai 1988, die alles andere als überwältigend ausfiel, war trotzdem der größte Protest seit dem 13. Dezember 1981 und bestätigte die systemkritische Stimmung in der Bevölkerung.

Ende Mai 1988 nannte Adam Michnik die Situation in einem Essay im Hamburger Wochenmagazin *Der Spiegel* einen „kalten Bürgerkrieg“<sup>21</sup>, bei dem sich die Gesellschaft gegen die Behörden auflehne. Bis zu einem gewissen Grad wiederholte er dabei die Thesen aus seinem 1985 erschienenen Buch *Takie czasy ... Rzecz o kompromisie* (So sind die Zeiten ... Einige Worte über den Kompromiss).<sup>22</sup> Am Rande sei erwähnt, dass das in dieser Publikation skizzierte und damals scheinbar völlig undurchführbare Szenario einer Einigung zwischen den gemäßigeren Vertretern der Opposition und einem Teil der Liberalen aus der Partei bei den Gesprächen am Runden Tisch zwischen Februar und April 1989 Wirklichkeit wurde. Die Vision einer Gesellschaft, die sich in einem ständigen kalten Krieg mit dem kommunistischen Regime befand und in der politische Forderungen eine fundamentale Bedeutung hatten, war nur Wunschdenken. In gewisser Weise kann sie als Versuch einer Realitätsleugnung angesehen werden, weil die Forderung nach einer Ermächtigung der Gesellschaft eine der ideologischen Grundlagen der 68er-Generation war.

Währenddessen waren zwei andere Politiker, die sich auf unterschiedlichen Seiten der Barrikade gegenüberstanden, viel näher an der Wahrheit als Michnik. Lech Wałęsa, der Anführer der Untergrund-„Solidarność“, sagte in einem Interview mit der legalen Monatszeitschrift *Konfrontacje* (Konfrontationen), dass sich „sechzig Prozent der Bevölkerung, vielleicht auch mehr, einen feuchten Kehricht für die ‚Solidarność‘ und den Pluralismus interessierten“.<sup>23</sup> Zur selben Zeit fiel das Urteil Mieczysław Rakowskis, Mitglied des Politbüros und für Propaganda zuständiger Sekretär des ZK, der kurz darauf Premierminister werden sollte, noch drastischer aus. Im September schätzte er im *Spiegel*: „In Polen sind etwa

<sup>21</sup> Adam Michnik, *Der kalte Bürgerkrieg*, in: *Der Spiegel* 22/1988, S. 146-147.

<sup>22</sup> Adam Michnik, *Takie czasy ... Rzecz o kompromisie* [So sind die Zeiten ... Einige Worte über den Kompromiss], Londyn 1985.

<sup>23</sup> Interview mit Lech Wałęsa, in: *Konfrontacje* 9/1988, S. 7.

zehn Prozent an Politik interessiert“.<sup>24</sup> Sowohl Rakowski als auch Wałęsa dachten in politischen Kategorien, und damit unterschieden sie sich von der Gruppe der polnischen Intellektuellen und Aktivisten der 68er-Generation, die, um David Ost zu zitieren, „von derselben radikalen politischen Vision geleitet wurden, die die neue westliche Linke inspirierte. Ihr ging es nicht so sehr darum, die Macht zu besitzen, sie wollte sie abschaffen.“<sup>25</sup> Jarosław Kaczyński, der schon damals zu den engsten Beratern Wałęsas gehörte, glaubte ebenfalls nicht an das politische Erwachen der polnischen Bevölkerung.<sup>26</sup>

### Auf der Suche nach dem Wendepunkt

In der historisch-politischen Meistererzählung werden mehrere Meilensteine genannt, die den Weg der polnischen Gesellschaft vom Stadium der Trägheit zum Stadium der Agilität nachzeichnen sollen. Ihnen kommt die Funktion einer Rationalisierung der sozialen Wirklichkeit zu, die *ex post* versucht, die Gesellschaft in die Aktionen der Eliten einzubinden, und das, obwohl gesellschaftliche Aktivitäten fehlten oder nur einen sehr geringen Umfang hatten.

Der erste Meilenstein bezieht sich auf die Streiks im April und Mai 1988, die ungeplant und chaotisch ausbrachen. Der erste begann am 24. April in den öffentlichen Verkehrsbetrieben von Bydgoszcz (Bromberg). Eine pensionierte Warschauerin kommentierte damals die Informationen über den Streik folgendermaßen:

*Es war, so heißt es, der größte Arbeiterprotest seit 1980. Ich befürchte, dass es zu mehr solcher Aktionen kommen wird. Wegen der horrenden Preise, die einem alles Geld aus den Taschen ziehen, sind die Men-*

<sup>24</sup> „Walesa ist politisch gereift“, in: *Der Spiegel* 36/1988, S. 147.

<sup>25</sup> David Ost, *Solidarność a polityka antypolityki* [Solidarność und die Politik der Antipolitik], übers. v. S. Kowalski, Gdańsk 2013, S. 23.

<sup>26</sup> Jarosław Kaczyński erinnerte in einem Interview 1991 an die Zeit vor 1989: „Der linke Teil der Opposition [...] war stets davon überzeugt, dass die Gesellschaft immer ein Potenzial zum Handeln, Protest, revolutionären Eifer usw. hat. Es würde reichen, dass man ihr die Angst vor Repressionen nimmt. Mein Bruder und ich hielten das für falsch und naiv, daraus konnte nichts werden“, in: *Odwrotna strona medalu. Z Jarosławem Kaczyńskim rozmawia Teresa Bochwic* [Die Kehrseite der Medaille. Jarosław Kaczyński im Gespräch mit Teresa Bochwic], Warszawa 1991, S. 16.

*schen ganz verzweifelt. [...] Die Preise steigen und eine wirkliche [Re]form ist nicht in Sicht, davon hört man nur im Radio und Fernsehen, aber daran glaubt keiner mehr. Überall sieht man Entmutigung, Bitterkeit und manchmal Verzweiflung.<sup>27</sup>*

Tatsache ist, dass nach der Einführung der massivsten Preiserhöhungen seit 1982 im Februar 1988 verschiedene Proteste in Form von schleichenden Streiks begannen. Die erhitzten Gemüter in der Opposition hofften, dass die Streikwelle die Kommunisten zu Zugeständnissen zwingen oder gar in Panik versetzen würde. Als es dazu nicht kam, war die Bestürzung groß. Laut Wojciech Giełżyński, der den „Solidarność“-Radikalen nahestand, wurden die Streiks in Bydgoszcz nicht ohne Grund schnell unterbunden. „*Vox populi* war sich einig: Es ist eine Provokation der Roten, um die Leute vorschnell zu mobilisieren“<sup>28</sup>, schrieb er in seiner Reportage über den Streik in der Danziger Lenin-Werft 1988.

Man muss sich jedoch nicht auf die Machenschaften der Geheimdienste beziehen, um die Ereignisse jener Zeit zu erklären. Nach den von der PZPR für den internen Gebrauch gesammelten Daten nahmen an den Streiks im April und Mai in ganz Polen etwas mehr als 6.000 Menschen teil.<sup>29</sup> Verglichen mit der Streikwelle vom August 1980, die das gesamte Land und 700.000 Beschäftigte umfasste, war die Streikwelle acht Jahre später erbärmlich klein. Angesichts der Ausnahmesituation des Jahres 1980 und des enormen Ausmaßes der politischen Mobilisierung der Polinnen und Polen jener Zeit ist eine einfache Gegenüberstellung irreführend.<sup>30</sup> Nichtsdestotrotz kann man für 1988 schwerlich von einem Durchbruch sprechen. Laut der CBOS-Berichte verschlechterte sich die Stimmung stetig, doch zugleich war keine Zunahme von Protesten festzustellen. Was die gesellschaftliche Stimmung betrifft, kann keine Rede von einer Zeitenwende sein. Und obwohl die Streiks von April bis Mai zwangsläufig zu einem Bezugspunkt für die

<sup>27</sup> Ośrodek KARTA, Archiwum Opozycji, Sig. II/176.29/Dz, Teresa Konarska, Dziennik luty 1988-sierpień 1988, Bd. XXIX, Bl. 59 f. (25 IV 1988).

<sup>28</sup> Wojciech Giełżyński, *Gdańsk, maj '88* [Danzig, Mai 88], in: *Robotnicy '88* [Die Arbeiter 88], Londyn 1989, S. 102.

<sup>29</sup> Archiwum Akt Nowych, Komitet Centralny PZPR, V/450, Chronologia strajków i nielegalnych wieców w okresie od 25 kwietnia do 10 maja 1988 r., 11 V 1988, Bl. 24-30.

<sup>30</sup> Tomasz Kozłowski, *Anatomia rewolucji. Narodziny ruchu społecznego „Solidarność“ w 1980 roku* [Anatomie der Revolution. Geburt der sozialen Bewegung „Solidarność“ im Jahr 1980], Warszawa 2017.

„Solidarność“ wurden, gab es Anfang Sommer 1988 viele Stimmen in der Untergrundpresse, die die Schwäche der Opposition lautstark thematisierten.<sup>31</sup>

In der historiografischen Meistererzählung gelten die Streiks vom August 1988, die durch den Protest im Bergwerk des Juli-Manifests in Jastrzębie-Zdrój (Bad Königsdorff-Jastrzemb) ausgelöst wurden, als der zweite Meilenstein. Nach konservativen Schätzungen beteiligten sich an den mehr als zweiwöchigen Streiks knapp 15.000 Menschen. Bei ihrem Ausbruch spielten „Solidarność“-Aktivisten und die „Solidarność“-Agitation durchaus eine Rolle, doch die eigentlichen Gründe waren, trotz der Forderungen nach einer erneuten Zulassung der „Solidarność“, wirtschaftlicher Natur. Nach Untersuchungen des CBOS verstärkten die Streiks unter den Polinnen und Polen die Zustimmung für die Legalisierung der „Solidarność“. Die wichtigste politische Konsequenz war die Zusage der PZPR, einen offiziellen Dialog mit Wałęsa, das heißt mit der „Solidarność“, einzugehen, der seit dem 13. Dezember 1981 verweigert wurde.

Die Wiederaufnahme des Dialogs sollte den Durchbruch bringen. Denn, wie es Piotr Marciniak in seiner Studie über die polnischen Streiks der 1980er Jahre feststellte, war es für die Streikenden entscheidend, mit der Staatsmacht einen Dialog zu beginnen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Wenn sie schon keine Kooperationspartner sein konnten, so wollten sie zumindest als Konfliktpartei ernst genommen werden.<sup>32</sup> Im Bewusstsein darüber, dass der Beginn eines Dialogs mit den Streikenden zahlreiche Zugeständnisse nach sich führen könnte, weigerten sich die Regierenden um jeden Preis, Verhandlungen aufzunehmen. Deshalb richteten die Beschäftigten ihre Forderungen offiziell an die Leitung der bestreikten Betriebe. Einerseits machte dies die Missachtung durch die Behörden deutlich, zugleich aber zeigte es auch die Schwäche der Streikenden. Eine solche Vorgehensweise konnte nicht zum politischen Erwachen der polnischen Bevölkerung führen, der das Recht auf eine echte Selbstverwaltung und Selbstorganisation verweigert wurde. Obwohl es auf den ersten Blick nach

<sup>31</sup> Z. B., Leopolda, *13 uwag*, in: *KOS*, 11-12/1988, S. 4 f.

<sup>32</sup> Piotr Marciniak, *Strajki polskie lat osiemdziesiątych – ciągłość i zmiana* [Die polnischen Streiks der 1980er Jahre – Kontinuität und Veränderung], in: Ewa Lewicka-Banaszak/Piotr Marciniak (Hg.), *Studia nad ruchami społecznymi* [Studien sozialer Bewegungen], Bd. 5, Warszawa 1990, S. 20.

einer Chance zu einer politischen Wende aussah, blieb die gesellschaftliche Mobilisierung aus. Davon zeugten nicht nur die CBOS-Umfragen, sondern auch politische Einschätzungen, die auf beiden Seiten der Barrikade formuliert wurden.

Noch während der Auguststreiks 1988 „sollten zwei [Streik-]Komitees eingerichtet werden, eines in Danzig [...] und eines für ganz Polen, wahrscheinlich unter dem Vorsitz von Wałęsa [...]. Das zweite kam aber nicht zustande, es fehlte an Substanz, da die Streiks [...] nicht die Dimension besaßen, die wir uns erhofft hatten“<sup>33</sup>, erinnerte sich Jarosław Kaczyński. Als es zu einem Treffen von Wałęsa mit Kiszczak kam, was übrigens in den von den Kommunisten kontrollierten Massenmedien große Beachtung fand<sup>34</sup>, führte das zu keinem größeren Stimmungsumschwung. „Zunächst schien es, dass der Auguststreik auf der Werft wie ein Brandbeschleuniger wirken könnte. Dem war aber nicht so. Das Land schwieg“<sup>35</sup>, so Bronisław Geremek rückblickend über die Atmosphäre nach den Streiks im August. Dass sich die anfänglich eingetrübte Stimmung der Regierung aufhellte, zeigte sich darin, dass sie bereits in der zweiten Septemberhälfte in die Offensive ging. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Zbigniew Messner wurde Mieczysław Rakowski zu dessen Nachfolger bestimmt, der – nicht ohne anfängliche Erfolge – versuchte, die politische Initiative zu ergreifen und die Zustimmungswerte für den Machtapparat in der Öffentlichkeit zu erhöhen.<sup>36</sup>

Aus Sicht der politischen Geschichtsschreibung zählt die Debatte zwischen Lech Wałęsa und Alfred Miodowicz, die am 30. November 1988 stattfand, als der dritte potenzielle Wendepunkt des Jahres 1988. Unmittelbar nach den abendlichen Nachrichten fand im polnischen Fernsehen eine beispiellose Debatte zwischen zwei

<sup>33</sup> Jarosław Kaczyński's Bericht aus dem Jahr 1999 im Rahmen des Projekts „Negotiating revolution in Poland. Conversion and opportunity in 1989“, Michael Kennedy, Brian Porter und Andrzej Paczkowski, Kopie aus dem Privatarchiv des Autors.

<sup>34</sup> Ośrodek KARTA, Archiwum Opozycji Sig. II/176.30/Dz, Teresa Konarska, Dziennik 28 VIII 1988-3 XII 1988, Bd. XXX, Bl. 16 (31 VIII 1988).

<sup>35</sup> Bronisław Geremek/Jacek Żakowski, *Rok 1989. Geremek opowiada, Żakowski pyta* [Das Jahr 1989. Geremek antwortet, Żakowski fragt], Warszawa 2008, S. 18.

<sup>36</sup> Michał Przeperski, *Ostatnia próba modernizacji PRL. Rząd Mieczysława F. Rakowskiego (1988-1989)* [Letzter Modernisierungsversuch der VRP. Die Regierung Mieczysław F. Rakowski (1988-1989)], in: *Pamięć i Sprawiedliwość* 1/2016, S. 197-230.

Gewerkschaftsführern statt. Auf der einen Seite saß die Legende der „Solidarność“, der Elektriker von der Danziger Werft, ihm gegenüber der Heizer aus den Lenin-Stahlwerken in Krakau und Vorsitzende des staatlichen Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbandes (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ). Die Liveübertragung wurde von einer außerordentlichen Zahl von Polinnen und Polen verfolgt, die laut einer CBOS-Umfrage Wałęsa als den Sieger der Debatte ansahen.<sup>37</sup> Langfristig stiegen nicht nur die Zustimmungswerte für die Legalisierung der „Solidarność“ um 20 Prozent, sondern auch die persönliche Popularität von Wałęsa, der zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder im Fernsehen zu sehen war. Diese Zuwächse veränderten jedoch nicht den Optimismus-Faktor, weder den politischen noch den wirtschaftlichen. Angesichts der bereits erwähnten Unentschlossenheit der Befragten musste ein deutlicher Sympathieanstieg nicht unbedingt etwas bedeuten. Alles wies nämlich darauf hin, dass die Gesellschaft kein Interesse an Politik und erst recht kein Interesse daran hatte, sich aktiv zu engagieren.

Der vierte Moment, der als Wendepunkt angesehen werden kann, ist der Wahlkampf zu dem sogenannten Vertrags-Sejm, der entsprechend den Vereinbarungen am Runden Tisch gewählt wurde. Piotr Marciniak schrieb darüber:

*[...] die beginnende Realisierung des politischen Vertrags [d. h. die Umsetzung der Vereinbarung am Runden Tisch] musste zur politischen Mobilisierung verschiedener gesellschaftlicher Kreise führen. Keine der am politischen Dialog beteiligten Parteien hat jedoch versucht, die Unterstützung der Bevölkerung für die von ihr geforderten Lösungen zu erlangen. Auch das Ausmaß des Widerstands gegen Veränderungen auf beiden Seiten der politischen Barrikade war nicht signifikant oder nahm zumindest nicht die Form einer spektakuläreren und länger andauernden öffentlichen Initiative an.<sup>38</sup> Diese erstaunliche und widersprüchliche Erklärung ist im Grunde eine *Ex-post*-Interpretation der Tatsache, dass es zu keiner sichtbaren sozialen Mobilisierung oder Wende in der gesellschaftlichen Stimmung kam.*

<sup>37</sup> CBOS (Hg.), *O spotkaniu Alfreda Miodowicza z Lechem Wałęsą. Komunikat ze zwiadu badawczego, grudzień 1988* [Vom Treffen Alfred Miodowicz mit Lech Wałęsa. Bericht einer wissenschaftlichen Erkundung, Dezember 1988], S. 3.

<sup>38</sup> Marciniak, *Spiralny ruch*, S. 43, Hervorhebungen M. P.

## Juni 1989 als Höhepunkt des gesellschaftlichen Engagements

In der historiografischen Literatur hat sich die Darstellung etabliert, dass eine Massenmobilisierung die „Solidarność“ in ihrer Wahlkampagne unterstützt hat. Repräsentativ für diese Denkweise kann das kürzlich erschienene Buch von Daria und Tomasz Nałęcz erwähnt werden. Es ist wohl die jüngste Darstellung der Geschichte der politischen Transformation in Polen. Folgendes Zitat veranschaulicht gut, wie diese Thematik an der Schnittstelle der Politik- und Sozialgeschichte dargestellt wird:

*Der Schwung und die Dynamik der Wahlkampagne, die zum Wahlsieg führte, waren nicht auf die Stärke der gewerkschaftlichen Reihen der „Solidarność“, sondern auf die Massenmobilisierung breiter Teile der Gesellschaft zurückzuführen. Mit jedem Tag nahmen an den Wahlvorbereitungen mehr Menschen teil, die mit der Untergrund-„Solidarność“ nicht zusammengearbeitet hatten. Die Atmosphäre erinnerte an den Herbst 1980, als die entstehende „Solidarność“ dabei war, die Herzen des Volkes zu erobern. Die Bewegung umfasste noch keine Millionen, wie es damals der Fall war, aber Zig- und Hunderttausende Menschen. Die Bürgerkomitees waren eine mächtige Wahllarmee [...] Vielen fehlte es an Erfahrung, doch dies wurde durch Enthusiasmus und eine Verwurzelung in der Gesellschaft mehr als wettgemacht.<sup>39</sup>*

Diese Beurteilung ist einerseits eine Fortsetzung der nach 1989 dominierenden Meistererzählung über die siegreiche „Solidarność“ als einer gesellschaftlichen Bewegung, die das kommunistische System stürzte. Bei dem Bild einer lebhaften gesellschaftlichen Unterstützung, die in einer aktiven Beteiligung am Wahlkampf mündete, handelt es sich zudem um die Einschätzung der damaligen Führungsriege, der im April 1989 wieder legalisierten „Solidarność“. Indirekt kann es auch als ein Verteidigungsargument der Vereinbarungen am Runden Tisch gelesen werden, deren moralischer Wert in der öffentlichen Debatte von prominenten Politikern des heutigen Regierungslagers untergraben wird. Wenn nämlich Polinnen und Polen („die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung“) an der Wahlkampagne der „Solidarność“ teilnahmen, könnte man schlussfolgern, dass sie die Gespräche am Runden Tisch, ohne die es zu den Wahlen im Juni 1989 nicht gekommen wäre, für legitim hielten.

<sup>39</sup> Daria und Tomasz Nałęcz, 1989-1990. *Czas przełomu* [Die Zeit des Umbruchs. 1989-1990], Warszawa 2019, S. 71, Hervorhebung M. P.

Aber ist eine solche Einschätzung des politischen Engagements der polnischen Bevölkerung wirklich gerechtfertigt? In einem Text aus den letzten Wochen des Jahres 1989 entwarf der katholische Publizist Kazimierz Wóycicki eine völlig andere Sicht auf die damalige Realität.

*Unter der Oberfläche der erstaunlichen Ereignisse im Polen des Jahres 1989 verbirgt sich ein Phänomen, das bisher noch nicht erklärt wurde: die Passivität der Gesellschaft. Die Tatsache, dass die Revolution in den Kabinetten und am Runden Tisch stattfinden durfte, könnte ein Beweis für den gesunden politischen Menschenverstand sein. Es erscheint jedoch rätselhaft, dass sich viele Menschen so verhalten, als sei nichts geschehen. Die Stimmung im Jahr 1980, dem begrenzte Veränderungen folgten, und die Atmosphäre des Jahres 1989 sind grundlegend anders. Damals entstanden Hoffnung und Enthusiasmus, neun Jahre später Apathie und Müdigkeit.<sup>40</sup>*

Der in *Więź* veröffentlichte Beitrag wurde mit heißer Feder von einem Mann geschrieben, der eng mit dem Bürgerkomitee und Lech Wałęsa verbunden war. Somit können die Beobachtungen kaum als böswilliges Pamphlet oder missgünstige Stimme gegen die Veränderungen nach 1989 gesehen werden. Sie sind Ausdruck der Ansichten eines Mannes, der von nichts anderem als dem Mangel an Hoffnung und Enthusiasmus seiner damaligen Landsleute enttäuscht ist.

Meiner Meinung nach spricht mehr dafür, dass Wóycicki mit seiner Einschätzung recht hatte. Es fehlen nämlich valide Datensätze, die die Behauptung von dem politischen Engagement der Polinnen und Polen quantitativ belegen würden. Die Darstellung von Daria und Tomasz Nałęcz, dass der Enthusiasmus für die neu gebildete „Solidarność“ groß war und an die Atmosphäre im Herbst 1980 erinnerte, ist ungerechtfertigt. Das Zitat ist ein anschauliches Beispiel für eine charakteristische Argumentation. Entsprechend dem nach 1989 in Polen entstandenen historiografischen Paradigma kommt diese subjektive Darstellung der antikommunistischen Opposition entgegen, die dadurch als Vertreterin nationaler Interessen erscheint.<sup>41</sup> Andere Sichtweisen sind selten und hatten bei den Debatten über die Geschichte der polnischen Transformation einen

<sup>40</sup> Kazimierz Wóycicki, *Polskość jest zmęczona* [Das Polentum ist müde], in: *Więź* 1/1990, S. 10, Hervorhebung M. P.

<sup>41</sup> Vgl. Fußnote 1.

viel geringeren Einfluss.<sup>42</sup> Nicht weniger wichtig ist, dass dadurch die Selbstwahrnehmung der Eliten auf die ganze polnische Gesellschaft projiziert wird, was im Ergebnis dazu führt, dass das Jahr 1989 als die Krönung der „Solidarność“-Revolution der Jahre 1980-81 interpretiert wird. Aus Sicht der politischen Geschichte ist das gerechtfertigt, weil die zuvor eingeleiteten Prozesse 1988-89 ihre Wirkung entfalteten, aber aus Sicht der gesellschaftlichen Mobilisierung bleiben die Jahre 1980-81 ein singuläres Ereignis. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, dass in letzter Zeit historische Reportagen publiziert wurden, die das eher schematisch gehaltene Bild, das die Historiografie entworfen hat, verkomplizieren.<sup>43</sup> Die Schwäche des dominanten Geschichtsnarrativs resultiert meiner Meinung nach aus der Fokussierung auf die beiden Eliten als politische Hauptakteure im Polen des Jahres 1989.

Für stichhaltiger als die vorgestellte These der „Massenmobilisierung“ halte ich die These von der entscheidenden Unterstützung durch die katholische Kirche als Institution – obwohl es Versuche der Kommunisten gab, diese u. a. durch im Frühjahr 1989 eingeführte Gesetzesänderungen davon abzuhalten. Außerhalb der großen städtischen Zentren, in denen die Opposition vergleichsweise stark und organisiert war, erwies sich die Unterstützung der Kirche als unerlässlich.

Das bedeutet jedoch nicht, dass der Wahlkampf nicht tatsächlich ein Moment der Mobilisierung bestimmter Gruppen innerhalb der polnischen Gesellschaft war. Es gab sie, wenn auch in einem viel geringeren Maße, als es die vorherrschende Geschichtsnarration nahelegt. Im Frühjahr 1989 spielte die Tatsache eine Schlüsselrolle,

*dass die „Solidarność“-Opposition auf Ebene [der Dörfer und mittelgroßen wie kleinen Städte] eine aktive Basis in der Bevölkerung hatte, [...] was es ihr ermöglichte, einen effizienten und effektiven Wahlkampf zu führen, ohne dort vorher eine formale Oppositionsstruktur zu besitzen.*<sup>44</sup> Zugleich aber beschränkten sich die Aktivitäten der ge-

<sup>42</sup> Karol Janowski, *Źródła i przebieg zmiany politycznej w Polsce (1980-1989). Studium historyczno-politologiczne* [Quellen und Verlauf der politischen Veränderungen in Polen (1980-1989). Historisch-politologische Studien], Toruń 2003; Andrzej Garlicki, *Karuzela. Rzecz o Okrągłym Stole* [Karussell. Eine Darstellung des Runden Tisches], Warszawa 2003.

<sup>43</sup> U. a. Aleksandra Boćkowska, *Można wybierać. 4 czerwca 1989* [Es kann gewählt werden. Der 4. Juni 1989], Wołowiec 2019.

<sup>44</sup> Adam Mielczarek, *Przemiany roku 1989 w oczach szeregowych działaczy podziemia* [Der Wandel des Jahres 1989 in den Augen der durchschnittlichen

sellschaftlichen Mobilisierung in den kleineren Ortschaften auf den Wahlkampf. Bei einer von Adam Mielczarek untersuchten neuralgischen Aktivistengruppe des „Solidarność“-Untergrunds ist nach dem Juni 1989 ein deutlicher Rückgang des politischen Engagements festzustellen. „Die Bürgerkomitees waren der Ort ihres Engagements“<sup>45</sup>, doch darauf beschränkte es sich auch. Vielleicht ist das der Grund, weshalb diese Menschen von der Sozialgeschichte, die sich dieser Zeit widmet, übergangen wurden.

Jene Gruppen in der polnischen Gesellschaft, die sowohl das Potenzial für soziales als auch politisches Engagement besaßen, wurde mit einer eher unerwarteten Haltung der „Solidarność“-Führung konfrontiert. Man fürchtete sich vor einer stürmischen antikommunistischen Reaktion der Polinnen und Polen wie bei der unaufhaltsamen Protestwelle im Jahr 1981. Daher galt in der politischen Praxis des „Solidarność“-Lagers ein – eigentlich paradoxes – Prinzip begrenzten Vertrauens gegenüber der eigenen Basis. Nicht ohne Grund wurden an der Weichsel lokale Bürgerkomitees als Keimzellen der Zivilgesellschaft angesehen. In diesem Zusammenhang ist es erstaunlich, dass sie noch vor der zweiten Runde der Parlamentswahlen am 18. Juni aufgelöst werden sollten. Schließlich durchkreuzten Proteste lokaler Aktivisten diese Pläne aus der „Solidarność“-Zentrale, doch hinter dem Ziel, eine Zivilgesellschaft aufzubauen, stand ein großes Fragezeichen.<sup>46</sup> Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die gesellschaftliche Mobilisierung notwendig war, um in den sogenannten Vertragswahlen erfolgreich zu sein. Danach erschien die Frage der gesellschaftlichen Aspirationen eher als ein Problem.

## Juni 1989 und die politische Partizipation

Nach einer gängigen Definition ist politische Partizipation als eine Form der Aktivität zu verstehen, die darauf abzielt, die herrschenden Eliten zu kontrollieren und ihre Politik zu beeinflussen.<sup>47</sup> Um

---

Untergrundaktivisten], in: Krzysztof Brzechczyn (Hg.), *Interpretacje upadku komunizmu w Polsce i w Europie Środkowo-Wschodniej* [Interpretationen des Sturzes des Kommunismus in Polen, Mittel- und Osteuropa], Poznań 2011, S. 251.

<sup>45</sup> Ebd., S. 253.

<sup>46</sup> Inka Słodkowska, *Komitety Obywatelskie 1989-1992. Rdzeń polskiej transformacji* [Die Bürgerkomitees 1989-1992. Der Kern der polnischen Transformation], Warszawa 2014, S. 125-137, 152-153.

<sup>47</sup> Sidney Verba/Norman H. Nie, *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, New York 1972.

zu beweisen, dass der Wahlkampf für den ersten Wahlgang den eigentlichen Höhepunkt des politischen Engagements der Polinnen und Polen während der politischen Wende darstellte, schlage ich vor, drei Faktoren für die Bemessung der politischen Partizipation Mitte 1989 in Polen heranzuziehen.<sup>48</sup> Der erste Faktor ist die Wahlbeteiligung. Im ersten Wahlgang überschritt sie die Marke von 62 Prozent, während sie im zweiten Wahlgang, als man fast ausschließlich für die Kandidatinnen und Kandidaten der „Koalition“ (die nicht der „Solidarność“ angehörten) wählen konnte, auf 25 Prozent fiel. Es erscheint als wahrscheinlich, dass die meisten Wählerinnen und Wähler kurzfristig mobilisiert wurden, um danach in der Überzeugung zu verharren, mit der Teilnahme an der ersten Wahl ihre Pflicht beziehungsweise ihr Recht erfüllt zu haben. Die Wahlbeteiligung im Juni 1989 war nicht nur im Vergleich mit den Wahlen in der Volksrepublik Polen etwas Einmaliges, sondern blieb auch in den Jahren 1989-2019 unübertroffen. Vergleicht man die Wahlbeteiligung vom Juni 1989 mit der knapp ein Jahr zuvor abgehaltenen Wahl zu den Nationalräten, bei der 55 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen gingen, erscheint der Unterschied nicht gravierend zu sein, obwohl die Stimmung im Jahr 1988 noch wenig von der Hoffnung auf Veränderungen geprägt war. Man kann die Höhe der Wahlbeteiligung einerseits als ein Indiz für das Niveau gesellschaftlicher Beteiligung werten, andererseits muss aber bedacht werden, dass die Bereitschaft, wählen zu gehen, durch langjährige Gewohnheiten oder Angst mitbeeinflusst wurde.<sup>49</sup>

Der zweite Faktor für die Bemessung der politischen Beteiligung ist die Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Organisationen. Für Juni 1989 kann zweifellos ein deutlicher Anstieg von Mitgliedschaften in neu gegründeten unabhängigen Organisationen festgestellt werden. Einmal mehr stößt man dabei jedoch auf eine schwer zu

<sup>48</sup> Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, *Od „Solidarności” do wolności: dynamika aktywności politycznej w okresie zmiany ustrojowej* [Von der „Solidarność“ zur Freiheit: Die Dynamik der politischen Aktivität zur Zeit des Systemwandels], in: Władysław Adamski (Hg.), *Fenomen „Solidarności” i zmiana ustroju. Polacy 1980-2011* [Das Phänomen „Solidarność“ und der Systemwandel. Die Polen 1980-2011], Warszawa 2014, S. 313-329.

<sup>49</sup> Michał Siedziako, *Bez wyboru. Głosowania do Sejmu PRL (1952-1989)* [Ohne Wahl. Die Abstimmungen für den Sejm der VPR (1952-1989)], Warszawa 2018; Katarzyna Kolenda-Zaleska u. a., *Lech, Leszek. Wygrać wolność. Lech Wałęsa i Leszek Balcerowicz w rozmowie z Katarzyną Kolendą-Zaleską* [Lech, Leszek. Die Freiheit gewinnen. Lech Wałęsa und Leszek Balcerowicz im Gespräch mit Katarzyna Kolenda-Zaleska], Kraków 2019, S. 61.

überwindende Interpretationsbarriere, die wahrscheinlich am eindeutigsten am Beispiel der neu geschaffenen „Solidarność“ aufzuzeigen ist. Bis zum Herbst 1989 überschritt die Mitgliederzahl nicht 1,5 Millionen, worüber die Gewerkschaftsführung unzufrieden war. Bei den enormen Erwartungen und der Erinnerung an die „fast zehn Millionen“ umfassende „Solidarność“ des Jahres 1980 erweckte dies den Eindruck eines sehr zurückhaltenden Engagements. Gleichzeitig entwickelte sich die „Solidarność“ angesichts des strukturellen Zusammenbruchs der PZPR zur ernsthaftesten (mitgliederstärksten) politischen Kraft des Landes, obwohl der konkurrierende Gesamtpolnische Gewerkschaftsverband OPZZ bei Weitem die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern blieb. Der OPZZ blieb, was David Ost thematisiert und die polnische Geschichtsschreibung ignoriert, eine einigermaßen glaubwürdige und prosoziale Alternative zu der zunehmend markt- und kapitalistisch orientierten „Solidarność“.<sup>50</sup> Infolgedessen kann die damalige Mitgliedschaft in Organisationen nur bedingt als ein Faktor für das zivilgesellschaftliche Engagement in der polnischen Gesellschaft betrachtet werden.

Der dritte Faktor für die Einschätzung des Grades der politischen Partizipation ist schließlich die Protestaktivität (die unkonventionelle Beteiligung). Diese Art des politischen Engagements wurde traditionell am stärksten mit den Erfahrungen der „ersten ‚Solidarność‘“ in Verbindung gebracht, als der Protest von unten die Grundlage einer umfassenden Struktur war.<sup>51</sup> Nach Juni 1989 war das Ausmaß solch aktiver Proteste erstaunlich gering. Dabei handelte es sich beispielsweise um Demonstrationen (oder eher ihre Versuche) vor den Woiwodschaftskomitees der PZPR im ganzen Land, die im Herbst 1989 von der Konföderation des unabhängigen Polens (*Konfederacja Polski Niepodległej*, KPN) organisiert wurden. Zu den größeren Kundgebungen zählten die Streiks der Bauern (Juni bis Juli 1989) und der Bahnarbeiterschaft (August 1989). Sie waren jedoch nicht größer als beispielsweise die Streiks aus wirtschaftlichen Gründen im Februar und März 1989, weshalb es schwierig ist, sie als Indikator für eine zunehmende gesellschaftliche Mobilisierung zu betrachten. Wichtig dabei sind nicht nur die von mir schon erwähnten Versuche seitens der „Solidarność“-Führung, solche Aktivitäten zu bremsen, sondern auch die Tatsache, dass im August 1989 mit Tadeusz

<sup>50</sup> Ost, *Solidarność a polityka antypolityki*, S. 256.

<sup>51</sup> Kozłowski, *Anatomia rewolucji*, S. 357-371.

Mazowiecki ein Vertreter der Opposition gewählt wurde. Dadurch sah man die Proteste als Engagement für partikulare politische Interessen, die dem gesellschaftlichen Allgemeininteresse schaden würden. Diese Beweggründe sind zwar verständlich, sie schwächten jedoch indirekt das politische Engagement im damaligen Polen. Zudem trugen sie wenig zum Aufbau einer Zivilgesellschaft bei, die hier als soziale Interaktion in der Öffentlichkeit verstanden wird, welche mit der Tätigkeit der Regierung nichts zu tun hat. Im Gegenteil, die Abgrenzungsprozesse zwischen den Akteuren wurden dadurch verstärkt.

Zusätzlich zu den drei erwähnten Faktoren, durch die sich politische Partizipation definieren lässt, wird manchmal die Zunahme der Beteiligung am legalen Wirtschaftsleben als Beweis für den Anstieg des sozialen Engagements angeführt. Die wirtschaftliche Teilhabe wäre somit Effekt der Anfang 1989 vollzogenen Wirtschaftsreformen. Mieczysław Rakowski's Regierung versuchte vergeblich, die polnische Wirtschaft zu modernisieren, indem sie Marktmechanismen einführte und das private Unternehmertum förderte. Die Reformen, die eng mit dem Namen des damaligen Industrieministers Mieczysław Wilczek – dem ersten Privatunternehmer, der in einer kommunistischen Regierung Minister wurde – verknüpft sind, haben in der Tat die staatlichen Kontrollen über die private Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Einzelunternehmer, gelockert. Obwohl Rakowski selbst wiederholt argumentierte, dass es damals in Polen zu einem regelrechten Boom des Unternehmertums kam<sup>52</sup>, waren die Erwartungen jedoch definitiv größer. Darüber hinaus hat sich das Niveau der privatwirtschaftlichen Aktivitäten nach Juni 1989 vorübergehend deutlich abgeschwächt, was die CBOS-Forscherinnen und -Forscher unmittelbar dazu bewegt hat, die These aufzustellen, dass es sich um einen schleichenden Anstieg des Unternehmertums<sup>53</sup> handelte.

## Apolitische Gesellschaft

Die obigen Beobachtungen veranlassen mich dazu, die These aufzustellen, dass die polnische Bevölkerung nach 1989 eine apolitische Gesellschaft war, die zwar zum emotionalen, jedoch nicht

<sup>52</sup> Mieczysław F. Rakowski, *Jak to się stało* [Wie es passiert ist], Warszawa 1991.

<sup>53</sup> CBOS, *Przedsiębiorczość – iluzje i realia. Komunikat z badań* [Unternehmertum – Illusionen und Tatsachen. Ein Forschungsbericht], September 1989, S. 3.

zum politischen Engagement neigte. Warum aber war die polnische Gesellschaft unpolitisch? Entscheidend war meiner Meinung nach, dass sich im Verlauf von 45 Jahren unter kommunistischer Herrschaft die Überzeugung verfestigte, dass eine echte politische Mitgestaltung unmöglich sei. Winicjusz Narojek wies darauf hin, dass der Bedeutungsverlust der Politik als eigener Bereich des sozialen Miteinanders die „Verstaatlichung der Initiative im gesellschaftlichen Leben“<sup>54</sup> zur Folge hatte. Die Zeit der „Solidarność“-Proteste in den Jahren 1980/81 brachte eine beispiellose Wiederbelebung der Selbstverwaltung, die jedoch durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 stark eingeschränkt wurde. Die Erfahrungen mit der „Solidarność“ als einer lebendigen sozialen Bewegung, die zur Entstehung einer Zivilgesellschaft beitrug, verblassten in gewisser Weise mit den Gewalterfahrungen.<sup>55</sup> Und obwohl in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Überzeugung vom Zusammenbruch des kommunistischen Systems immer populärer wurde, blieben die in der Volksrepublik Polen entwickelten Haltungen bestehen.<sup>56</sup>

Obwohl wirtschaftliche Motive bei der Erklärung der apolitischen Haltung in der polnischen Gesellschaft sehr wichtig sind, werden sie bis heute nicht ausreichend beachtet. Für ein auf Veränderungen so sensibel reagierendes politisches System wie den real existierenden Sozialismus war bei Reformen der gesellschaftliche Konsens unverzichtbar. Der Verzicht auf Gewaltanwendung im August 1980 kann in diesem Sinne als Beweis dafür gelten, dass die kommunistischen Machthaber sich dessen bewusst waren. Die Einführung des Kriegsrechts durchkreuzte jedoch jegliche Aussichten auf einen Konsens, und die Reformversuche der Jahre 1983-1985 (die sowohl marktfreundliche als auch soziale Elemente beinhalteten) stießen bei der polnischen Bevölkerung auf keine Unterstützung.<sup>57</sup> Höchstwahrscheinlich als Reaktion auf den Zerfall und die Ineffizienz der Staatswirtschaft wuchs in den Jahren 1983-1988 unter

<sup>54</sup> Winicjusz Narojek, *Perspektywy pluralizmu w upaństwowionym społeczeństwie: ocena sytuacji na podstawie polskich kryzysów* [Perspektiven des Pluralismus in einer verstaatlichten Gesellschaft], Londyn 1986, S. 8.

<sup>55</sup> Michał Przeperski, *A hadiállapot hosszú árnyéka. 1989-ben miért nem történt vérontás Lengyelországban?* [Der lange Schatten des Kriegsrechts. Warum floss in Polen im Jahr 1989 kein Blut?], in: *Múltunk* 3/2019, S. 97-122.

<sup>56</sup> Marody, *Dylematy postaw politycznych*, S. 102.

<sup>57</sup> Inka Słodkowska, *Spółczesność obywatelskie na tle historycznego przełomu. Polska 1980-1989* [Die bürgerschaftliche Gesellschaft vor dem Hintergrund des historischen Umbruchs], Warszawa 2006, S. 243 f.

Polinnen und Polen die Überzeugung, dass neoliberale Lösungen die geeignete Antwort auf das Staatsversagen sind.<sup>58</sup> Die Untersuchungen von Jadwiga Koralewicz zeigen, dass sich die Polinnen und Polen 1988 individualistischer verhielten, als es zehn Jahre später der Fall war. Ein wesentlicher Charakterzug wurde dabei wie folgt beschrieben: Den Menschen „fiel es leichter, individuell und ‚atomisiert‘ tätig zu werden, bei gleichzeitiger Unfähigkeit, gemeinsame Basisarbeit zu leisten und sich spontan zu organisieren“.<sup>59</sup> Zudem bestand das individuelle marktwirtschaftliche Handeln darin, die Schwächen des Systems auszunutzen und die Erfolge des Einzelnen im Endeffekt auf Kosten des Staates oder der Gemeinschaft zu erzielen. Solche Strukturen stellten ein ernsthaftes Hindernis für die Entstehung einer Zivilgesellschaft dar.

David Ost argumentiert überzeugend, wenn er schreibt, dass die polnische Opposition, inspiriert vom Zeitgeist nach 1968, derselben radikalen Vision von Politik entsprang, wie sie „die neue westliche Linke inspirierte“<sup>60</sup>. Aber dabei handelt es sich um eine Erzählung über die oppositionellen Eliten – oder sogar nur einen Teil davon. Auf die gesamte polnische Gesellschaft trifft das nicht zu. Obwohl die Opposition programmatisch antiautoritär war, deuten soziologische Untersuchungen aus der Mitte der 1980er Jahre auf tief verankerte und weitverbreitete autoritäre Einstellungen unter den Polen hin.<sup>61</sup> Sie können als langfristige Folgen der 45-jährigen kommunistischen Herrschaft betrachtet werden.

Obwohl die „Solidarność“-Opposition Ende der 1980er Jahre ein demokratisches Programm vorlegte, fehlte ihr der demokratische Gemeinschaftssinn aus der Zeit der „Solidarność“ knapp zehn Jahre zuvor. Nach Karol Modzelewskis Darstellung sorgten die Gewaltanwendung der Kommunisten und die Stagnation der 1980er Jahre an der Schwelle zur Dritten Polnischen Republik dazu, dass das „soziale Engagement in den Reihen der Gewerkschaft [der

<sup>58</sup> Ebd., S. 97.

<sup>59</sup> Jadwiga Koralewicz/Marek Ziółkowski, *Mentalność Polaków. Sposoby myślenia o polityce, gospodarce i życiu społecznym 1988-2000* [Die Mentalität der Polen. Denkmuster über Politik, Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben 1988-2000], Warszawa 2003, S. 234.

<sup>60</sup> Ost, *Solidarność a polityka antypolityki*, S. 23, 43.

<sup>61</sup> In der Studie wurden Männer im Alter von 21 bis 61 untersucht [Anm. d. Ü]. Jadwiga Koralewicz, *Autorytaryzm, lęk, konformizm* [Diktatur, Angst und Konformität], Warszawa 2008, u. a. S. 229.

„Solidarność” stark einbrach und der Ehrgeiz, die Politik nach den persönlichen Überzeugungen gestalten zu wollen, beinahe vollständig verloren ging.“<sup>62</sup> Der 4. Juni 1989 ist in diesem Zusammenhang keine Zäsur, denn es ist nicht zu erkennen, dass die Polinnen und Polen als Folge der siegreichen Juni-Wahlen zu Demokratinnen und Demokraten wurden und sich in Scharen an den Aufbau der Zivilgesellschaft machten. Bezeichnend sind hierbei die Ergebnisse der CBOS-Umfrage von November 1989: Es wird deutlich, dass die „Solidarność“ aus Sicht der Gesellschaft bereits nach der Regierungsbildung mit der PZPR die Seite gewechselt hatte. Nun sollte sie die Einheitspartei oder das Zentralorgan werden, um die gesamten nationalen Bemühungen zu bündeln. Wie es eine zeitgenössische Kommentatorin bemerkte, „war das Vertrauen in die „Solidarność“ mehr ein Wohlwollen, eine Sympathiebekundung und ein Glaube, dass sie die Interessen der gesamten Gesellschaft vertreten würde, es war weniger mit der Bereitschaft verbunden, in ihr aktiv zu werden oder ihr gar [...] beizutreten“.<sup>63</sup>

Wie Basil Kerski und Jacek Kołtan treffend bemerkten, „ist das Erbe der Bürgerrevolution [des Jahres 1989] in Europa wenig bekannt“.<sup>64</sup> Es ist jedoch erwähnenswert, dass dieses Erbe auch in Ländern, in denen die damaligen Entwicklungen stattfanden, nicht in Gänze verstanden wird. Das Gros der Diskussionen rund um das Jahr 1989 beschränkt sich auf die politische Geschichte, während das Problem der tatsächlichen gesellschaftlichen Selbstbestimmung und der Entstehung einer Zivilgesellschaft unberücksichtigt bleibt.

Nach dreißig Jahren können die Schlussfolgerungen von Timothy Garton Ash, der in seinem herausragenden Essay darauf hinwies, dass die Polen politisch engagierter waren als die Ungarn, nicht ausreichen.<sup>65</sup> Diese durch keine quantitativen Daten belegte und

<sup>62</sup> Karol Modzelewski, *Dokąd od komunizmu?* [Wohin vom Kommunismus?], Warszawa 1993, S. 25.

<sup>63</sup> Marody, *Dylematy postaw politycznych*, S. 99.

<sup>64</sup> Basil Kerski/Jacek Kołtan, *Epokowe zmiany. Refleksje wokół rewolucyjnych lat 1980/1989* [Epochale Veränderungen. Reflexionen rund um die revolutionären Jahre 1980/1989], in: *Solidarność, demokracja, Europa* [„Solidarność“, Demokratie, Europa], Gdańsk 2020, S. 29.

<sup>65</sup> Timothy G. Ash, *Wiosna obywateli: Rewolucja 1989: widziana w Warszawie, Budapeszcie, Berlinie i Pradze* [Bürgerfrühling: Revolution 1989: gesehen in Warschau, Budapest, Berlin und Prag], in: ders., *Jesień wasza, wiosna nasza* [Euer Herbst, unser Frühling] (übers. v. Małgorzata Dziewulska/Anna Husarska/Marcin Król), Warszawa 2009, S. 414 f.

aus den – in beiden Ländern unterschiedlichen – Kontexten gerisene Meinung lässt nicht die Schlussfolgerung zu, dass 1989 in Polen eine Zivilgesellschaft „ausbrach“ oder den Untergrund verließ. Anders als in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik gab es in polnischen Städten keine Massenproteste, die die politischen Eliten zum Rücktritt zwangen. Vielmehr trifft die Beschreibung Jürgen Habermas' zu, der darauf hinwies, dass „[l]arge organizations strive for political compromises with the state and with one another, excluding the public sphere whenever possible“.<sup>66</sup> Genau das ist 1989 in Polen geschehen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an diesem Prozess war klar begrenzt, daran konnte auch die „Solidarność“-nahe Utopie einer Zivilgesellschaft nichts ändern.<sup>67</sup>

Das mangelnde politische Engagement seitens der Polinnen und Polen und ein willkürliches, elitäres politisches Spiel blieben ein Charakteristikum der nachfolgenden Regierungen in der Dritten Polnischen Republik. In diesem Zusammenhang ist die Losung von der „Vollendung der Revolution von 1989“ weiterhin sehr attraktiv, da sie sowohl in politischen Auseinandersetzungen als auch in propagandistischer Hinsicht sehr nützlich ist.

*Aus dem Polnischen von Jakub K. Sawicki*

## Abstract

Contemporary Polish historiography tends to focus predominantly on the main actors of the political transformation of 1989 and there are communist and opposition elites considered as such. In that perspective, Polish society remains a community on which the views of the elites are projected, and the myth about the birth of civil society on the ruins of communism as early as 1989 may serve as a perfect example of such process. In reality, however, the Polish society was overwhelmingly apolitical, uninterested in political participation and to a large extent socially inactive. There are many reasons which caused this situation: starting from the martial

<sup>66</sup> Jürgen Habermas, *The Public Sphere: An Encyclopedia Article*, in: Meenakshi G. Durham/Douglas M. Kellner (Hg.), *Media and Cultural Studies. Key Works*, Oxford, 2006, S. 77.

<sup>67</sup> Steven Kotkin/Jan T. Gross, *Rok 1989. Koniec społeczeństwa nieobywatelskiego* [Das Jahr 1989. Das Ende der nichtbürgerschaftlichen Gesellschaft] (übers. v. Barbara Kopec-Umiastowska), Warszawa 2009, S. 17-19.

law, which in December 1981 broke the backbone of the mass social movement that was the legal 'Solidarity', as well as the very 45 years of communism themselves, during which a social initiative was nationalized, and citizens were in fact deprived of it. As a result, the interpretations of the events of 1989 should be demythologized, also in order to understand the popularity of the slogans about "ending the 1989 revolution", which still tend to appear in the public discourse in Poland.